

Universität Zürich
Soziologisches Institut
Seminar: Untersuchungen zu Hauptformen
von Konfliktartikulation
Prof. V. Bornschie
Assistierende: T. Furrer, M. Nollert, R. Küttel

Sommersemester 1999

Soziale Bewegungen – Die Intifada

Fallstudie anhand Kerbos Krisen- und Wohlstandsbewegung
und der Politischen Chancenstruktur

Daniel Boos

Daniel Boos
Bahnhofstrasse 286
8623 Wetzikon
Tel 01/970 25 85
e-Mail: boos@trash.net

Soziale Bewegungen – Fallstudie Intifada

1. Einführung ins Thema.....	4
2. Fragestellung und Hypothesen	4
3. Theoretische Erwägungen	5
3.1 Wohlstandsbewegungen und Krisenbewegungen.....	6
3.2 Political Opportunity Structure / Politische Chancenstruktur	7
3.2.1 Hauptargument	8
3.2.2.1 Die formelle Institutionenstruktur des Staates	9
3.2.2.2 Die informellen Verfahren und dominanten Strategien im Umgang mit Herausforderern.....	10
3.2.2.3 Die aktuelle Machtkonfiguration in Bezug auf die Konfrontation mit den Herausforderern.....	11
3.2.3 Kollektive Aktion unter Berücksichtigung der Politischen Chancenstruktur	12
3.2.4 Erfolge für Herausforderer	12
3.2.4.1 Prozeduraler Erfolg	13
3.2.4.2 Substantiver Erfolg (reaktiv/proaktiv).....	13
3.2.4.3 Struktureller Impakt	13
3.3 Anwendung der Theorien am Fallbeispiel Intifada.....	14
4. Fallstudie Intifada.....	14
4.1 Wohlstandsbewegung oder Krisenbewegung?.....	14
4.1.1. Vorbedingungen der Intifada.....	14
4.1.2. Teilnehmer der Intifada.....	17
4.1.3. Organisation der Widerstandsbewegung.....	18
4.1.4. Formen der kollektiven Aktion	19
4.1.5. Initiativen zur Motivation an der Teilnahme.....	20

4.2 Politische Chancenstruktur.....	20
4.2.1 Die politische Chancenstruktur in den besetzten Gebieten.....	20
4.2.1.1 Die formelle Institutionenstruktur in der Westbank und Gaza.....	20
4.2.1.2 Die informelle Institutionenstruktur in der Westbank und Gaza	22
4.2.1.3 Die aktuelle Machtkonfiguration in Bezug auf die Palästinenser	22
4.2.2 Gewaltsamer Aufstand aufgrund der politischen Chancenstruktur.....	23
4.2.3 Erfolge für die Palästinenser	24
5 Diskussion der Hypothesen und Konklusion	25
6 Literaturverzeichnis.....	26

1. Einführung ins Thema

Im Dezember 1987 ist in den von Israel seit 1967 besetzten Gebieten Westbank/Gaza ein enormer Anstieg des gewalttätigen Widerstandes der Palästinenser gegenüber der israelischen Besetzung zu erkennen. Dieser Konflikt, mit dem Namen Intifada (Arabisch: Aufstand), dauerte mehrere Jahre und verlief äusserst blutig. So ereigneten sich im ersten Jahr der Intifada 5,385 Demonstrationen mit 396 Toten (Nassar 1991:322). Erklärtes Ziel der protestierenden Palästinenser war die Beendigung der Besetzung und der Wandel zur Unabhängigkeit mit dem Recht auf Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza. Das schon seit langem angestrebte Ziel einer Selbstbestimmung beschränkte sich neu nur noch auf die besetzten Gebiete Westbank/Gaza. Dieses Ziel sollte nun durch einen gewalttätigen Aufstand verwirklicht werden.

Die erreichten Ziele der Intifada sind einerseits die Akzeptanz der PLO als legitime Vertreter der Anliegen der Palästinenser und andererseits das Abkommen zur Errichtung eines Autonomiegebietes in der Westbank und Gaza. Wobei einschränkend gesagt werden muss, dass der sogenannte Friedensprozess bis heute (Juli 1999) noch nicht abgeschlossen ist und die geplanten Abkommen nur teilweise umgesetzt wurden.

2. Fragestellung und Hypothesen

Die vorliegende Arbeit versucht nun Teile der Intifada mit der Hilfe von Theorien aus der Soziologie zu erklären. Dabei sind folgende Fragen im Zentrum:

- Was für eine Bewegung war die Intifada?
- Wieso entstand ein gewaltsamer Widerstand?

Um Antworten auf diese Fragen zu finden, werden zwei theoretische Ansätze verwendet. Diese Ansätze sind die Politische Chancenstruktur (Kriesi 1991: 2) und Kerbos (Kerbo 1982:645) Kontinuum zwischen einer Krisenbewegung und einer Wohlstandsbewegung. Unter Berücksichtigung der oben genannten Theorien sollen folgende Hypothesen aufgestellt werden:

Hypothese 1: Die Intifada war eine Krisenbewegung und entspricht demzufolge den von Kerbo beschriebenen Charakteristiken einer solchen Bewegung.

Hypothese 2: Die Geschlossenheit des politischen Systems Israel und die exklusive Strategie der Machthaber (Ziviladministration unter dem Militärdepartement) schränkten die Strategien der Herausforderer (die Palästinenser in den besetzten Gebieten) so stark ein, dass diesen nur noch die Option eines gewalttätigen Aufstandes blieb. Andere Möglichkeiten, Ihre Interessen durchzusetzen, gab es nicht.

3. Theoretische Erwägungen

Mit den unten erklärten Theorien sollen die Hypothesen auf das Fallbeispiel Intifada angewendet und dabei bestätigt oder falsifiziert werden. Die zwei theoretischen Ansätze möchten unterschiedliche Aspekte einer sozialen Bewegung erklären. Kerbos Krisenbewegungen und Wohlstandsbewegungen zeichnen die unterschiedlichen Charakteristika einer sozialen Bewegung. Er verwendet unterschiedliche Ansätze wie die Ressourcenmobilisierungstheorie und die Deprivationstheorie. Die Theorie der Politischen Chancenstruktur erklärt vor allem die Art der kollektiven Aktion, das heisst die gewählten Strategien einer sozialen Bewegung.

3.1 Wohlstandsbewegungen und Krisenbewegungen

Harold Kerbo (Kerbo 1982:649) stellt fest, dass die Ressourcenmobilisierungstheorie von Tilly und die Deprivationstheorie von Gurr in zwei unterschiedlichen Paradigmen wurzeln. Dabei unterscheiden sie sich vor allem in ihren Grundannahmen von sozialer Ordnung und Konflikt. Während bei der Deprivationstheorie sozialer Konflikt als Anomie betrachtet wird, konstituieren Konflikte bei der Ressourcenmobilisierungstheorie geradezu die Gesellschaft. Nach Kerbo ist zudem die empirische Aussagekraft beider Ansätze beschränkt. Bei den meisten sozialen Bewegungen sind nämlich sowohl Aspekte der Ressourcenmobilisierungstheorie als auch der Deprivationstheorie zu beobachten (Kerbo 1982:652). Zudem stellt er fest, dass sich die Fragestellung in Bezug auf soziale Bewegungen bei den genannten Theorien unterscheiden. Kerbo schlägt deshalb eine teilweise Zusammenführung der Theorien vor. Dabei legt er Wert darauf keine Synthese dieser beiden Ansätze zu machen, sondern er präsentiert ein Kontinuum von unterschiedlichen Charakteristika sozialer Bewegungen. Die beiden Eckpunkte sind dabei einerseits die Wohlstandsbewegungen (Movements of “Affluence“) und andererseits die Krisenbewegungen (Movements of “Crisis“). Krisenbewegungen entstehen vor allem während wirtschaftlichen und politischen Krisen. Im Gegensatz dazu entstehen Wohlstandsbewegungen zu Zeiten sozialer Wohlfahrt. Kerbo listet insgesamt sechs Charakteristika auf, die bei jeder sozialen Bewegung beobachtbar sein sollten. Jede dieser Charakteristika wird in Bezug auf eine Krisenbewegung oder in Bezug auf eine Wohlstandsbewegung betrachtet und hat dabei eine unterschiedliche Prägung (Kerbo 1982:654). Diese Charakteristika befinden sich in der untenstehenden Tabelle. Dieser Ansatz ist in dem Sinn beschränkt, dass er nur die Charakteristika einer sozialen Bewegung beschreibt und keine Antwort auf die Entstehung dieser Bewegungen liefert. Weiter wird auch die Art der kollektiven Aktion nur unbefriedigend berücksichtigt. Das

heisst konkret, wieso einige Konflikte gewaltsam und andere friedlich verlaufen. Die Theorie der Politischen Chancenstruktur soll hier weiteres Erklärungspotential liefern.

Tabelle 1:Auflistung der Charakteristika nach Kerbo (Kerbo 1982:654):

Krisenbewegungen (Movements of “Crisis”)	Wohlstandsbewegungen (Movements of “Affluence”)
1.) Preconditions found in times of life threatening political and/or socioeconomic crisis	1.) Preconditions found in times of affluence or relatively good political and economic periods
2.) Participants primarily beneficiary members	2.) Participants often include a greater number of conscience members
3.) Participants primarily movement specific	3.) Participants often multi-movement oriented
4.) Early stage of the movements usually spontaneous and relatively unorganized	4.) Movements more likely to begin with a social movement organization and leadership structure
5.) Collective violence and hostile outbursts more often involved (at least in early stages)	5.) Less likely to involve collection violence and hostile outbursts
6.) Less systematic use of individual incentives to motivate movement participation (at least in early stage)	6.) The systematic use of individual incentives to motivate movement participants

3.2 Political Opportunity Structure / Politische Chancenstruktur

In both cases, however, the researcher is guided by the same underlying conviction: that social movements and revolutions are shaped by the broader set of political constraints and opportunities unique to the national context in which they are embedded. (McAdam 1996:3)

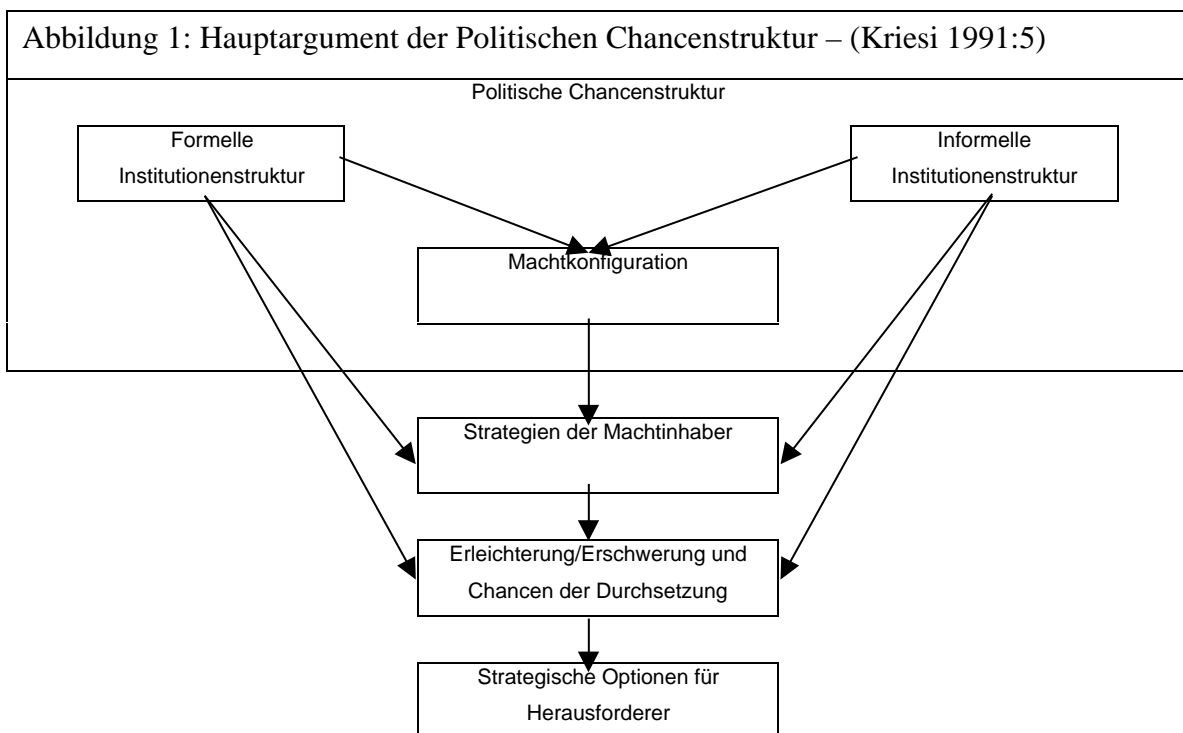
Die Politische Chancenstruktur versucht die Art und Weise der Interessenartikulation von sozialen Bewegungen unter Einbezug des vorherrschenden politischen Systems zu erklären. Es wird dabei angenommen, dass die Struktur eines politischen Systems die

Strategie und Art der kollektiven Aktion von sozialen Bewegungen beeinflusst. Soziale Bewegungen werden dabei als Herausforderer („Challengers“) der bestehenden politischen Machtkonfiguration bezeichnet. Dabei hat sowohl die Struktur des politischen Systems als auch die aktuelle Machtkonfiguration einen Einfluss auf das Mobilisierungsniveau, die Mobilisierungsform und Mobilisierungsstrategie einer sozialen Bewegung (Kriesi 1991:2).

Die Theorie der Politischen Chancenstruktur (englisch: Political Opportunity Structure) gehört zu den Konflikttheorien. Sie geht davon aus, dass kollektiver Protest nicht so stark von strukturellen Transformationen in der Gesellschaft abhängt, sondern eher im Zusammenhang mit dem Kampf um politische Macht steht. Der Blickwinkel ist dabei auf den Staat und seine Institutionen gerichtet. In dieser Arbeit stütze ich mich hauptsächlich auf einer von Hanspeter Kriesi (1991:5) vorgeschlagenen Konzeptualisierung der Politischen Chancenstruktur.

3.2.1 Hauptargument

Zur allgemeinen Charakterisierung der Politischen Chancenstruktur werden drei Sätze von Eigenschaften politischer Systeme unterschieden. Diese sind die formelle Institutionenstruktur des Staates, die informellen Verfahren und die dominanten Strategien im Umgang mit Herausforderern und die aktuelle Machtkonfiguration in Bezug auf die Konfrontation mit den Herausforderern (Kriesi 1991:2). Diese beeinflussen sich gegenseitig und strukturieren dabei die möglichen Strategien der Herausforderer. Die Abbildung 1 zeigt auf, wie sich diese Sätze von Eigenschaften gegenseitig beeinflussen.



3.2.2.1 Die formelle Institutionenstruktur des Staates

Darunter soll der formelle Zugriff auf die Inputdimension des politischen Systems betrachtet werden. Funktionen des formellen Zugriffs auf die Inputdimension des Staates sind (Kriesi 1991:106):

- die territoriale Konzentration der Verwaltung
- die funktionale Machtkonzentration in der Verwaltung
- die Kohärenz der öffentlichen Verwaltung
- die Institutionen der direkten Demokratie

Je nach politischem System ergeben sich nun mehr oder weniger formelle Zugriffsmöglichkeiten auf diese Funktionen. So erhöhen sich die formellen Zugriffsmöglichkeiten bei einer dezentralen Verwaltung und einer starken Trennung der Macht zwischen der Exekutive, Judikative und Legislative. Andererseits ergeben sich

weniger formelle Zugriffsmöglichkeiten bei einer straffen und professionellen öffentlichen Verwaltung. Soziale Bewegungen können nun versuchen ihre Anliegen über diese formellen Zugriffspunkte durchzusetzen.

Auf der Basis dieser Funktionen können Staaten in offene oder geschlossene politische Systeme unterteilt werden. Ein offenes politisches System zeichnet sich dabei durch viele formelle Zugriffsmöglichkeiten aus. Ein geschlossenes politisches System hat im Gegensatz nur wenige formelle Zugriffsmöglichkeiten. Diese Funktionen, die die Inputdimension eines politischen Systems strukturieren, haben auch einen Einfluss auf die Outputdimension desselben politischen Systems. So sind zentralisierte und kohärente Staaten ohne direkte demokratische Institutionen starke Staaten und haben eine grosse Kapazität relativ autonom zu handeln. Von starken Staaten eingesetzte Politiken können nur sehr schwierig blockiert werden. Anders bei offenen politischen Systemen, die durch die vielen formellen Zugriffspunkte keine grosse Autonomie besitzen und nur eingeschränkt handeln können. Sie gelten als schwache Staaten. Jede eingesetzte Politik kann über viele verschiedene Zugriffspunkte blockiert werden (Kriesi 1991:7).

3.2.2.2 Die informellen Verfahren und dominanten Strategien im Umgang mit Herausforderern

Informelle Verfahren und dominanten Strategien im Umgang mit Herausforderern entstehen meistens durch vergangene direkte Konfrontation mit Herausforderern eines politischen Systems. So prägen vergangene Erfolge oder Misserfolge beim Umgang mit Herausforderern den zukünftigen Umgang mit neuen Herausforderern. Diese Verfahren und Strategien werden entweder als exklusiv oder als integrativ bezeichnet (Kriesi 1991:9).

Exklusive Strategien tendieren zu Konfrontationen, Repressionen und zu Polarisierungen zwischen der aktuellen Machtkonfiguration und den Herausforderern. Dabei wird versucht, nicht auf die Anliegen der Herausforderer einzugehen.

Integrative Strategien dagegen tendieren zur Kooperation, Erleichterung und zur Assimilation der Herausforderer in das politische System. Die aktuelle Machtkonfiguration versucht auf die Anliegen der Herausforderer einzugehen und diese zu integrieren.

3.2.2.3 Die aktuelle Machtkonfiguration in Bezug auf die Konfrontation mit den Herausforderern

Die aktuelle Machtkonfiguration hat einen grossen Einfluss auf die Artikulationsmöglichkeiten einer sozialen Bewegung. Faktoren, die nach Sidney Tarrow berücksichtigt werden sollten, sind (Tarrow 1996:54):

- instabile Machtkonfiguration
- gesplante Eliten
- externe Alliierte mit grossem Einfluss
- Kapazität des Staates, Repression auszuüben

Bei gesplante Eliten oder bei einer instabilen Machtkonfiguration können die Herausforderer oftmals als Gegenleistung für die Unterstützung einer Elite respektive Partei Garantien für die Durchsetzung ihrer Anliegen einfordern. Externe Alliierte der Herausforderer können direkt die aktuellen Machtinhaber beeinflussen und diese zwingen, sich Anliegen der Herausforderer anzunehmen.

3.2.3 Kollektive Aktion unter Berücksichtigung der Politischen Chancenstruktur

Soziale Bewegungen passen ihre Strategien der Chancenstruktur ("Opportunity") eines politischen Systems an. Für unterschiedliche politische Systeme ergeben sich demzufolge unterschiedliche Formen der kollektiven Aktion. Betrachten wir das Hauptargument (siehe Abbildung 1) dieser Konzeptualisierung, ergeben sich die strategischen Optionen der Herausforderer aufgrund der oben genannten Sätze von Eigenschaften eines politischen Systems. Soziale Bewegungen versuchen diese Chancenstruktur zur Durchsetzung ihrer Anliegen zu nutzen, wobei sie ihre Anliegen je nach den Möglichkeiten der politischen Chancenstruktur artikulieren. Gewaltsame Formen der kollektiven Aktion finden sich dabei vor allem in politischen Systemen, in denen ein starker Staat und eine exklusive Strategie vorherrschen. Hier gibt es für die soziale Bewegung fast keine Möglichkeit ihre Anliegen auf einem formellen oder informellen Weg durchzusetzen. Nur durch eine direkte Konfrontation können sie versuchen sich durchzusetzen. Dies unterstützt die Aussage von Charles Tilly (Farsoun and Landis 1990:17), dass soziale Bewegungen den gewaltsamen Konflikt als eine legitime Art der Fortführung von Politik betrachten, falls ihre Anliegen nicht auf friedlichem Weg durchgesetzt werden können. Anders bei einem schwachen Staat mit einer integrativen Strategie. Hier bieten sich für die Herausforderer viele Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Politikformulierung. Um ihre Anliegen durchzusetzen, können Sie deshalb auf Gewalt verzichten.

3.2.4 Erfolge für Herausforderer

Erfolge sind die Durchsetzung der Anliegen von Herausforderern.

3.2.4.1 Prozeduraler Erfolg

Die Interessen und Anliegen der Herausforderer werden als legitim betrachtet und die soziale Bewegung gilt als deren legitimer Vertreter. Die Herausforderer bekommen neue Möglichkeiten der aktiven Mitwirkung bei der Politikformulierung. Dies wird als prozeduraler Erfolg bezeichnet (Kriesi 1991:8).

3.2.4.2 Substantiver Erfolg (reaktiv/proaktiv)

Ein substantiver Erfolg ergibt sich durch den Einfluss einer sozialen Bewegung auf die Politikformulierung der aktuellen Machtinhaber. Dieser Einfluss kann einerseits proaktiv, und andererseits reaktiv sein. Ein substantiver Erfolg, der als proaktiv bezeichnet würde, wäre die konkrete Umsetzung der Anliegen von Herausforderern. Reaktive Erfolge hingegen sind die Aufgabe einer von den aktuellen Machtinhabern vorgesehenen Politikformulierung durch die aktuellen Machtinhaber. (Kriesi 1991:8)

3.2.4.3 Struktureller Impakt

Durch die kollektive Aktion von Herausforderern kann die politische Chancenstruktur geändert werden. Beispielsweise ändert sich die formelle oder informelle Institutionenstruktur aufgrund des übermässig starken Druckes eines Herausforderers auf das politische System. Dies kann bei grösserem Ausmass auch als eine Revolution bezeichnet werden. Theoretisch betrachtet ist dies bei der Theorie der Politischen Chancenstruktur sehr problematisch. Die die Artikulationsformen strukturierenden formellen und informellen Institutionenstrukturen werden dabei selber geändert, wodurch sich eine neue politische Chancenstruktur ergibt. Ändert sich dies nun zu oft, wird die Aussagekraft des Hauptarguments (Abbildung 1) abgeschwächt (Kriesi 1991:9).

3.3 Anwendung der Theorien am Fallbeispiel Intifada

Die zwei vorgestellten Theorien betrachten unterschiedliche Aspekte einer sozialen Bewegung. Sie sollen nun auf den Fall Intifada angewendet werden. Dabei findet sich zu beiden Theorien eine Hypothese, die nun bestätigt oder falsifiziert werden sollte. Die beiden Theorien sollen sich dabei gegenseitig ergänzen. Kerbos Theorie bildet dabei den Rahmen und die Theorie der Politischen Chancenstruktur betrachtet einzelne Charakteristiken genauer. Mit der Theorie der Politischen Chancenstruktur soll das Charakteristikum "Collective Violence and hostile outbursts more often involved (at least in early stages)" (Tabelle 1, Punkt 5) und teilweise das Charakteristikum "Preconditions found in times of life threatening political and/or socioeconomic crisis" (Tabelle 1, Punkt 1) genauer betrachtet werden.

4. Fallstudie Intifada

4.1 Wohlstandsbewegung oder Krisenbewegung?

4.1.1. Vorbedingungen der Intifada

"The Israeli occupation is colonial-settler and neocolonial in nature, seeking to destructure the Palestinians' socioeconomic as well cultural existence in order to force large numbers among them out of their homeland, while those who remain are harnessed to Israeli needs."(Saleh 1990:35)

Seit der Besetzung von 1967 bis zur Intifada im Jahre 1987 unternahm Israel immer wieder Massnahmen, um die besetzten Gebiete zugunsten der israelischen Interessen zu nutzen. Dies resultierte zu Beginn der Besetzung im Jahre 1967 in einem verstärkten wirtschaftlichen Wachstum in diesen Gebieten. Die besetzten Gebiete profitierten dabei

von der Öffnung und der verstärkten Integration des palästinensischen Marktes in den stärkeren israelischen Markt. In einer zweiten Periode, die von der Mitte der 70er Jahre bis Anfang der 80er Jahre dauerte, wurde dieses Wachstum jedoch durch verschiedene wirtschaftliche Sanktionen von Israel künstlich gebremst. Damit sollte eine Konkurrenz für den israelischen Markt von der Seite des palästinensischen Marktes unterbunden werden. Auch die Abhängigkeit des palästinensischen Marktes von Israel wurde dadurch erhöht. Dies wirkte sich negativ auf die wirtschaftliche Situation in den besetzten Gebieten aus. Ab dem Jahre 1982/83 geriet zudem Israel selber in eine Rezession und Stagnation, was sich aufgrund der grossen Abhängigkeit negativ auf die palästinensische Wirtschaft auswirkte. Die wirtschaftliche Situation der Palästinenser in den besetzten Gebieten verschlechterte sich dadurch noch mehr (Saleh 1990:45). Nach 20 Jahren Besetzung kommt Saleh zum folgenden Schluss über die wirtschaftliche Situation in den Gebieten Westbank und Gaza:

"The outcome of twenty years of occupation was disastrous for West Bank and Gaza Strip economic development, leading to the weakening, then the end, of economic growth, the distortion of the economic structure, and the deepening of dependency on external economies, particularly Israel's." (Saleh 1990:50)

Dies bestätigen einige wirtschaftliche Indikatoren. Das Wachstum der palästinensischen Wirtschaft ist ab Mitte der achtziger Jahre gleich null. Der Anteil des in Israel und nicht in den besetzten Gebieten von Palästinensern erwirtschafteten Bruttosozialproduktes stieg von 16,7 % in den Jahren 1970-1973 auf 25,2 % in den Jahren 1982-1985 (Saleh 1990:47). Die in Israel arbeitenden Palästinenser wurden dabei vor allem für einfache Arbeiten zu niedrigen Löhnen angestellt. Dies führte zu einer verstärkten Proletarisierung der Palästinenser (Saleh 1990:35). Im Gegensatz zu ihren israelischen Mitarbeitern waren sie zudem rechtlich nicht geschützt. Palästinensische Gewerkschaften wurden von Israel unterdrückt und ausgeschlossen (Farsoun and Landis 1990:25). Desweiteren wuchsen die

Importe aus Israel enorm an. Während 1970-1973 67% in der Westbank und 82% in Gaza des Bruttoinlandproduktes aus Israel importiert wurde, stieg dies in den Jahren 1982-1985 auf 82% in der Westbank und 148% in Gaza (Saleh 1990:47).

Bis zum Beginn der Rezession anfangs der achtziger Jahre emigrierten zudem viele junge Palästinenser aufgrund guter Arbeitsmöglichkeiten aus den besetzten Gebieten in die arabische Welt, vorwiegend in Saudi-Arabien. Da die arabische Welt nun aber auch von der Rezession betroffen war, senkte sich die Zahl derjenigen, die Arbeit in der arabischen Welt suchten. In Zahlen ausgedrückt ergibt sich folgendes Bild: Während in den Jahren 1973-1982 im Durchschnitt 17 von 1000 Palästinensern pro Jahr in die arabischen Staaten emigrierten, emigrierten im Jahre 1985 nur noch 3 von 1000 Palästinensern pro Jahr (Farsoun and Landis 1991:24). Diese meist jungen Palästinenser blieben dann weiterhin in den besetzten Gebieten ohne jegliche Aussicht auf gute Arbeitsmöglichkeiten (Aronson 1990:315). Viele emigrierte Palästinenser unterstützten zudem die zurückgebliebenen Verwandten mit Geldsendungen. Die Summe dieser Geldsendungen sank jedoch in den Jahren vor der Intifada drastisch von 1500 Millionen Dollar im Jahre 1982 auf 887 Millionen Dollar im Jahre 1988 (Farsoun and Landis 1991:24).

Betrachten wir die politischen Bedingungen, so hat sich auch dort eine Verschlechterung der Situation ergeben. Israel versuchte mit der Iron Fist Politik, jeglichen Widerstand gegen die Israelische Besetzung gewaltsam zu zerstören. Die politische Unterdrückung wird im Kapitel 4.2 unter dem Blickwinkel der Politischen Chancenstruktur nochmals vertieft betrachtet.

Wir finden also einige Indikatoren, die klar eine Verschlechterung der politischen und wirtschaftlichen Lebensbedingungen anzeigen. Es kann jedoch nicht von einer raschen plötzlich einsetzenden Deprivation dieser Lebensbedingungen gesprochen werden,

sondern eher von einer schon länger andauernden schleichenden Verschlechterung der Situation. Die Perspektiven auf eine Verbesserung waren gering.

Das Charakteristikum von Kerbo (Tabelle 1, Punkt 1) in Bezug auf die sozio-ökonomische Situation bei einer Krisenbewegung trifft auf die Intifada zu.

4.1.2. Teilnehmer der Intifada

Die Demonstrationen dieser sozialen Bewegung fanden hauptsächlich direkt in den besetzten Gebieten statt. Die Teilnehmer an der Intifada waren hauptsächlich direkt betroffene Palästinenser aus den besetzten Gebieten Westbank/Gaza. Zum ersten mal in der Geschichte der Besetzung war zudem eine so grosse Breitenmobilisierung der Palästinenser entstanden. Studierende, Arbeitende, Verkäufer, Händler und so weiter beteiligten sich zusammen am Aufstand (Aronson 1990:324). Dabei nahmen die Jugendlichen hauptsächlich an den aktiven Demonstrationen teil. Palästinensische Arbeitende in Israel streikten und die Händler weigerten sich, ihre Läden zu öffnen. Desweiteren wurden alle israelischen Produkte boykottiert. Dabei unterstützte sich die Bevölkerung gegenseitig, und sogenannte Volkskomitees wurden gegründet. Die zentralen Forderungen wurden dabei am 10. Januar 1988 im 2. Aufruf der UNLU (Unified National Leadership of the Uprising) gestellt (Aronson 1990:333). Dabei wird die Beendigung der Iron Fist Politiken, die Beendigung der wirtschaftlichen Benachteiligung, die Anerkennung der PLO und das Recht auf einen unabhängigen palästinensischen Staat gefordert. Durch die Verwirklichung dieser Forderungen erhofften sich die Palästinenser eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen. Betrachten wir das Ganze unter dem Blickwinkel von Kerbo, so kann gesagt werden, dass die Teilnehmer sich aus der Teilnahme einen Vorteil erhofften (Tabelle 1, Punkt 2). Weiters

sind die Teilnehmer der Intifada zu diesem Zeitpunkt nur an dieser sozialen Bewegung beteiligt (Tabelle 1, Punkt 3).

4.1.3. Organisation der Widerstandsbewegung

Unless previous demonstrations, the violence did not appear to be directed or coordinated by the PLO and continued almost unabated for many months. (Metz 1990: 304)

Betrachten wir den Beginn der Intifada, so erscheint uns dieser ziemlich spontan und unorganisiert. Ein Zwischenfall in einem Flüchtlingslager in Gaza am 7. Dezember 1987 führte zu einer langen Welle von Massenprotesten und aktivem Widerstand mit Steinen und Molotovcocktails gegen die Israelischen Besatzer. Diese Aufstände beschränkten sich nicht nur auf das Flüchtlingslager, sondern breiteten sich über die ganze Westbank und Gaza aus. Anfänglich waren die Israeli und selbst die Palästinenser sehr überrascht vom Andauern der Proteste. In der Vergangenheit hatte es mehrmals grosse Demonstrationen gegen die israelische Besetzung gegeben, diese waren jedoch relativ schnell wieder abgeflaut. So rechnete das israelische Verteidigungsministerium damit, dass auch diese Proteste bald stoppen würden. Der Beginn des Aufstandes war nicht geplant, sondern folgte auf den Zwischenfall im Flüchtlingslager (Nasser and Heacock 1990:316). Die Aufstände waren relativ unorganisiert und spontan. Verschiedene Organisationen lieferten zum Teil einander widersprechende erste Kommuniqués, die sich hauptsächlich auf die Motivation zur Teilnahme beschränkten und nur vage politische Forderungen enthielten. Erst zu einem späteren Zeitpunkt entwickelte sich die UNLU (Unified National Leadership of the Uprising) zur federführenden Bewegung. Die UNLU lieferte am 10.1.1988 das erste Kommuniqué mit konkreten politischen Forderungen, denen sich auch die anderen Organisationen anschlossen. Im Januar 1988

bildeten sich Volkskomitees zur besseren Organisation des Aufstandes. Diese Komitees kümmerten sich zu Beginn hauptsächlich um die Bewachung, Essensverteilung und die Notfallbehandlung von Verwundeten (Nasser and Heacock 1990:318). Die Volkskomitees waren regional organisiert und demokratisch geführt. Sie waren während der Intifada sehr wichtig für die Organisation des gesamten Widerstandes.

Nach Kerbo sind Krisenbewegungen in ihrer Anfangsphase unorganisiert und die Ereignisse sind spontan (Tabelle 1, Punkt 4). Dies trifft zumindest in den ersten Wochen der Intifada zu. Danach jedoch organisierte sich der Widerstand über die UNLU und die Volkskomitees.

4.1.4. Formen der kollektiven Aktion

Die kollektive Gewalt zeigt sich an der Zahl von 5385 Demonstrationen mit 396 Toten, die sich im Laufe des ersten Jahres der Intifada ereigneten. Vor allem jugendliche Palästinenser kämpften mit Petrolbomben und Molotovcocktails gegen die Israelische Armee. Diese wiederum versuchte mit harter Gewalt gegen die Aufständischen vorzugehen. Gewalttätige Demonstrationen fanden während der ganzen Zeitdauer der Intifada statt. Eine theoretische Erklärung für diese Gewaltanwendung findet sich bei der Beschreibung der Politischen Chancenstruktur. Die Anwendung von Gewalt lässt auf eine Krisenbewegung schließen (Tabelle 1, Punkt 5). Dies waren jedoch nicht die einzigen Formen der kollektiven Aktion während der Intifada. Andere Formen waren der Boykott israelischer Produkte und die Streiks der in Israel arbeitenden Palästinenser. Damit sollte die israelische Wirtschaft direkt geschwächt werden.

4.1.5. Initiativen zur Motivation an der Teilnahme

Zu Beginn der Intifada gab es mehrere Aufrufe von palästinensischen Organisationen an den Demonstrationen teilzunehmen (Farsoun and Landis 1991:318). Zu einem späteren Zeitpunkt wuchs zudem der interne gegenseitige Druck unter den Palästinensern an der Intifada teilzunehmen. Dies zeigte sich beispielsweise an den Handelsboykotten, denen sich die Händler gezwungenermassen anschliessen mussten.

Zu Beginn und während der Intifada finden sich Initiativen zur Motivation an der Teilnahme. Dies entspricht nur teilweise dem Charakteristikum Kerbos, wonach zumindest zu Beginn einer Krisenbewegung nur sehr wenige Initiativen zur Motivation an der Teilnahme vorzufinden wären (Punkt 6, Tabelle 1).

4.2 Politische Chancenstruktur

4.2.1 Die politische Chancenstruktur in den besetzten Gebieten

Bei der Betrachtung der formellen und informellen Institutionenstruktur ergeben sich einige Probleme. So sind die besetzten Gebiete Westbank/Gaza sowohl formell, wie auch informell vom politischen System in Israel ausgeschlossen. Nachfolgend wird demzufolge die politische Chancenstruktur nur in Bezug auf die besetzten Gebiete Westbank/Gaza betrachtet und auf eine Betrachtung des politischen Systems in Israel verzichtet.

4.2.1.1 Die formelle Institutionenstruktur in der Westbank und Gaza

Die funktionale Machtkonzentration in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza erlaubt keinen formellen Zugriff für die Palästinenser. Für die Administration und die Sicherheit in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza ist das Verteidigungsministerium zuständig.

Das Verteidigungsministerium ist sowohl für die Exekutive als auch für die Judikative zuständig und es besteht keine von den Palästinenser beeinflussbare Legislative. Die militärischen Verordnungen benötigen keiner öffentlichen Überprüfung. Die Verordnungen werden nicht einmal von öffentlichen Institutionen oder Regierungstellen in Israel selber überwacht (Farsoun and Landis 1990:19).

Die territoriale Konzentration der Administration ist auf das Verteidigungsministerium beschränkt. Alle Entscheidungen werden dort zentral gefällt und es gibt keine formellen Zugriffsmöglichkeiten für externe Akteure. Ab 1982 wurde eine zivile Administration mit Palästinensern eingesetzt. Die zivile und militärische Autorität blieb jedoch beim Verteidigungsministerium. Wichtig ist auch die Unterscheidung zwischen der legislativen Macht und den administrativen Aufgaben. Die legislative Macht blieb dabei ganz klar beim Verteidigungsministerium und nur die administrativen Aufgaben wurde an die zivile Administration delegiert (Aronson 1990:254).

Die zivile Administration wird von sogenannten militärischen Gouverneuren, die dem Verteidigungsministerium unterstehen, geführt. Diese Gouverneure setzen im Prinzip nur die vom Verteidigungsministerium verordneten Gesetze durch. Für die Palästinenser in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza gibt es keine Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle.

Die formelle Institutionenstruktur ist aus der Sicht der Palästinenser in der Westbank/Gaza stark geschlossen. Die formelle Institutionenstruktur in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza führt demzufolge zu einem starken Staat mit einer grossen Autonomie eigene Entscheidungen durchzusetzen.

4.2.1.2 Die informelle Institutionenstruktur in der Westbank und Gaza

Die informelle Institutionenstruktur ist ganz klar auf Exklusion ausgerichtet. Seit 1980 wurden jegliche Kontakte oder Unterstützungen zugunsten der PLO von Palästinensern oder sogar Israelis unter Strafe gestellt (Kaminer 1996:119). Die PLO, die von Seiten der Palästinenser als legitime Vertreter der palästinensischen Interessen galt, wurde von Israel als terroristische Organisation bezeichnet und dementsprechend bekämpft. Die PLO wurde dabei 1982/83 gewaltsam aus ihrem Exilsitz in Libanon durch den Libanonkrieg verdrängt. Eine weitere Massnahme sind die Iron Fist Politiken. Die Politik der Eisernen Faust (Iron Fist) versuchte, wie schon einige zuvor, mit gewaltsamen Methoden gegen den immer noch bestehenden Widerstand vorzugehen. Angewendet wurden dabei Methoden wie Deportationen und präventive Verhaftungen. (Farsoun and Landis 1990:20).

4.2.1.3 Die aktuelle Machtkonfiguration in Bezug auf die Palästinenser

Auch hier ist es notwendig, zwischen der Situation in Bezug auf die Palästinenser oder in Bezug auf Israel selber zu unterscheiden. Den Palästinensern ist jeglicher Zugriff auf das politische System Israels verwehrt. Keine Elite oder Partei in Israel kann einen direkten Gewinn durch Kooperation mit Palästinensern erzielen. Die grosse Koalition zwischen den grössten Parteien Likud und Arbeiterpartei führte zu einer stabilen Machtkonfiguration zum Startzeitpunkt der Intifada. Desweiteren sind die Palästinensergebiete sowieso der Militärverwaltung unterstellt und diese ist wiederum von der politischen Einflussnahme geschützt. Betrachten wir die Kapazität der Militärverwaltung, Repression auszuüben, kann diese als gross bezeichnet werden. Die IDF (Israeli Defense Forces) verfügt über genügend Mittel, um gegen Aufständische vorzugehen. Die Palästinenser haben in Israel keine Alliierten mit grossem

Machteinfluss. Im Gegensatz dazu versucht die PLO, die im Exil in Tunis zu diesem Zeitpunkt ist, über Kontakte zu verschiedenen Staaten und zur UNO, Druck auf Israel auszuüben. Ein wichtiger Verbündeter sind dabei die arabischen Staaten.

Teile der aktuellen Machtkonfiguration änderten sich im Verlauf der Intifada. So sank die Kapazität Israels Repression auszuüben aufgrund mehrerer Faktoren. Einerseits wuchs die internationale Kritik am Vorgehen Israels, andererseits stiegen die militärischen aber auch die wirtschaftlichen Kosten der Bekämpfung der Intifada. Weiters stiegen die wirtschaftlichen Kosten für Israel einerseits durch die Streiks der in Israel Arbeitenden Palästinenser und andererseits durch den Handelsboykott der Palästinenser.

4.2.2 Gewaltvoller Aufstand aufgrund der politischen Chancenstruktur

Die Palästinenser haben keine Zugriffsmöglichkeit auf die Ziviladministration in den besetzten Gebieten und auch nicht auf die Politik in Israel. Bei der Einordnung in die Politische Chancenstruktur ist Israel in Bezug auf die Palästinensergebiete ein Staat mit „Voller Exklusion“. Konflikte können nicht über formelle oder informelle Wege im politischen System gelöst werden. Die aktuelle Machtkonfiguration bietet zudem keine Alternativen. Gerade die Politik der Eisernen Faust, die dem Widerstand in den besetzten Gebieten mit Gewalt begegnet, schränkt die möglichen Formen der kollektiven Aktion ein. Betrachten wir die politische Chancenstruktur, so sind den Palästinensern alle Zugriffsmöglichkeiten verwehrt. Es bleibt ihnen demzufolge nur der gewaltsame Aufstand gegenüber der israelischen Besetzung. Dies ist der konkrete Versuch, die formelle Institutionenstruktur zu ändern. Dieser gewaltsame Aufstand äussert sich in der Intifada. Hier soll jedoch noch eine kleine Einschränkung gemacht werden. Die Palästinenser verwendeten nämlich auch andere Strategien, um ihre Ziele zu erreichen. Diese wären der Boykott israelischer Produkte und die Streiks der in Israel arbeitenden

Palästinenser. Damit sollten die wirtschaftlichen Kosten für Israel gesteigert werden. Die israelische Wirtschaft profitierte bis anhin von den billigen Arbeitskräften und dem Abnehmermarkt Westbank und Gaza. Durch die Boykotte und Streiks sollte dies nun geändert werden.

Eine weitere Strategie war, den Druck auf Israel durch externe Akteure zu erhöhen. Israel sollte dabei international isoliert werden (Nasser and Heacock 1990:322). In dem der Vorsitzende der PLO Jassir Arafat im Dezember 1988 vor der UN Generalversammlung einen Friedensplan für die besetzten Gebiete vorlegte, kam Israel in Bedrängnis und Handelszwang. Faktisch wurde nämlich mit dieser Rede, die PLO international als Vertretung der Interessen der Palästinenser akzeptiert. Die damalige EG machte daraufhin klar, dass sie keine Neuverhandlungen des bilateralen Freihandelsabkommen von 1975 anstrebe, solange Israel keine Konzessionen gegenüber den Palästinensern eingestehe und an einer internationalen Friedenskonferenz teilnimmt (Laufer 1997:38). Diese wirtschaftlichen Kosten führten längerfristig dazu, dass Israel eine andere Strategie verfolgen musste, als die der Repression.

4.2.3 Erfolge für die Palästinenser

Die Palästinenser erzielten durch ihre Demonstrationen längerfristig mehrere Erfolge. Davon ist ein prozeduraler Erfolg die offizielle Anerkennung der PLO 1993 durch Israel als legitimer Vertreter der Interessen der Palästinenser. Die Anerkennung der PLO und die Deklarationen an der Madrider Nahostfriedenskonferenz 1991 führten sogar noch weiter und heute kann sogar von einem strukturellen Impakt als Erfolg der Intifada gesprochen werden. So entstand in der Westbank und Gaza ein Autonomiegebiet unter der Verwaltung der PLO. Diese Autonomiegebiete können sogar zu einem Staat werden. Als reaktiver substantiver Erfolg kann die Beendigung der Iron Fist Politik betrachtet werden.

5 Diskussion der Hypothesen und Konklusion

Anbei sollen die beiden Hypothesen diskutiert werden und einige kritische Schlussbemerkungen gemacht werden.

Betrachten wir noch einmal die beiden Hypothesen, so treffen beide für den Fall Intifada zu. Die Hypothese 1, wonach es sich bei der Intifada um eine Krisenbewegung im Sinne von Kerbo handelt, konnte bestätigt werden. Die sozio-ökonomische Situation verschlechterte sich vor der Intifada in den besetzten Gebieten. Die Teilnehmer der Intifada waren hauptsächlich nur diejenigen, die von den erhofften Erfolgen profitieren konnten. Der Beginn der Intifada war relativ unorganisiert und spontan und es gab mehrere gewalttätige Ausbrüche gegenüber den israelischen Besatzer. Einzig bei den Initiativen zur Motivation an der Teilnahme der Intifada trifft Kerbos Charakteristikum nicht zu. Die Palästinenser wurden schon relativ früh motiviert, am Widerstand teilzunehmen.

Auch die Art der kollektiven Aktion, die Gewaltanwendung (Hypothese 2) von der Seite der Palästinenser konnte aufgrund der politischen Chancenstruktur erklärt werden. Die Palästinenser hatten keine formellen und informellen Zugriffsmöglichkeiten auf die politische Chancenstruktur. Als einzige Strategie blieb ihnen, direkt durch Gewalt ihre Anliegen durchzusetzen.

Trotzdem sollen hier noch einige zusätzliche kritische Bemerkungen zu der Fallanalyse gemacht werden. So erklären beide Theorien nicht, wieso die plötzlichen Massenproteste im Dezember 1987 begannen. Der Startzeitpunkt kann nicht erklärt werden. Kerbos Ansatz hat zudem einen sehr deskriptiven Charakter. So werden die Charakteristika beschrieben, aber es sind nach meiner Meinung keine grossen Schlussfolgerungen möglich. Die Theorie der politischen Chancenstruktur in der Konzeptualisierung nach

Kriesi (Kriesi 1991:6) passt nur bedingt auf die Situation in den besetzten Gebieten Westbank/Gaza. Ein grosses Problem ist die spezielle Situation, in der das Verteidigungsministerium einen grossen Teil der politischen Chancenstruktur vorgibt. Die vorgestellte Politische Chancenstruktur wurde jedoch auf westeuropäische Demokratien zugeschnitten. Israel ist zwar einer solchen Demokratie ziemlich ähnlich, mit Ausnahme jedoch in den besetzten Gebieten.

6 Literaturverzeichnis

ARONSON, Geoffrey (1990). Israel, Palestinians and the Intifada. London. Kegan Paul International Limited

FARSOUN, Samih K. and Jean M. LANDIS(1990). „The Sociology of an Uprising: The Roots of the Intifada“. In NASSAR Jamal R. and Heacock. *Intifada: Palestine at the crossroads*. New York. Praeger

LAUFER, Leopold Yehuda (1997). The European Union and Israel: A Political and Institutional Appraisal. Jerusalem. The Leonard Davis Institut

METZ, Chapin Helen (1990). Israel a country study. Washington D.C. Federal Research Divison.

KAMINER, Reuven (1996). The Politics of Protest. Brighton. Sussex Academic Press

KERBO, Harold R. (1982). „Movements of „Crisis“ and Movements of „Affluence““, . *Journal of Conflict Resolution* 26(4):645-663.

KRIESI, Hanspeter (1991). The Political Opportunity Structure of New Social Movements: It's Impact on Their Mobilization. Berlin. WZB

MC ADAM Douglas, MC CARTHY John and ZALD Mayer (1996). Comparative Perspectives on Social Movements. Cambridge. Cambridge University Press

MC ADAM, Douglas (1996). „Conceptual origins, current problems, future directions“. In MC ADAM Douglas, MC CARTHY John and ZALD Mayer (1996). *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge. Cambridge University Press

NASSAR Jamal R. and Roger HEACOCK (1990). *Intifada: Palestine at the crossroads*. New York. Praeger

SALEH, Abdallah Samir (1990). „The Effects of Israeli Occupation on the Economy of the West Bank and Gaza Strip“. In NASSAR Jamal R. and Heacock. *Intifada: Palestine at the crossroads*. New York. Praeger

TARROW, Sidney (1996). „States and opportunities: The political structuring of social movements“. In MC ADAM Douglas, MC CARTHY John and ZALD Mayer (1996). *Comparative Perspectives on Social Movements*. Cambridge. Cambridge University Press